



Ulrich Schneckener, Arnulf von Scheliha,  
Andreas Lienkamp, Britta Klagge (Hrsg.)

**Wettstreit um Ressourcen**  
Konflikte um Klima, Wasser und Boden

 oekom

Ulrich Schneckener, Arnulf von Scheliha, Andreas Lienkamp,  
Britta Klagge (Hrsg.)

**Wettstreit um Ressourcen**

Konflikte um Klima, Wasser und Boden

ISBN 978-3-86581-421-0

282 Seiten, 16,5 x 23,5 cm, 29,95 Euro

oekom verlag, München 2013

©oekom verlag 2013

[www.oekom.de](http://www.oekom.de)

## **Ressourcen als Konfliktursache Knappheit und Überfluss**

### **1. Einleitung**

Was wir der Natur für unseren Konsum entnehmen, kurz gesagt: Ressourcen, ist von zentraler Bedeutung für Leben und Wohlstand der Menschen weltweit. Deshalb kann es nicht verwundern, dass Ressourcen in unterschiedlichen Dimensionen für Gewalt und Krieg verantwortlich gemacht werden: im »Krieg ums Erdöl«, bei »Konfliktressourcen« oder auch in Voraussagen über »Klimakriege« nach Dürren und um weniger werdendes Trinkwasser (vgl. WBGU 2007; Braun et al. 2009; Andrews-Speed et al. 2011, Klare 2012). Nicht wenige Menschen vermuten hinter praktisch allen großen Konflikten den Kampf um Ressourcen, sei es Erdöl im Südchinesischen Meer oder Wasser in der Sahelzone. Aber sind Ressourcen wirklich immer und überall eine gewichtige Ursache von gewaltförmigen Konflikten? Wenn ja, unter welchen Umständen? Insbesondere: Ist es der Mangel, der Ressourcen zu einer Konfliktursache macht? Oder ist es im Gegenteil der Überfluss, die Möglichkeit, mit Ressourcen reich und mächtig zu sein?

Ich möchte darlegen, dass es von der Art von Ressourcen und von der Charakteristik der Konflikte abhängt, ob Mangel oder Überfluss von Bedeutung für Gewaltkonflikte sind. Zudem führen weder Knappheit noch Überfluss notwendig zu Gewaltkonflikten, sondern es kommt vorrangig auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen an, unter denen sie auftreten. »Governance« ist entscheidend dafür, ob Ressourcen zur Konfliktursache werden.

### **2. Begriffsbestimmungen**

Bevor ich mich mit der Frage beschäftige, ob Ressourcen eine Ursache gewaltsamer Konflikte sind, gilt es zunächst einige zentrale Begriffe zu erläutern. Als erstes ist noch einmal genauer zu fragen: Was sind Ressourcen?

In erster Annäherung sind Ressourcen, wie bereits erwähnt, vom Menschen genutzte Elemente der Natur (vgl. Siebert 1983, S. 2). Da die Menschheit nicht immer dieselben Elemente der Natur genutzt hat, hängt das, was Ressourcen sind und was als solche wahrgenommen wird, stark von den sozioökonomischen und -kulturellen Verhältnissen, vom historischen Zeitpunkt und geographischen Räumen ab (vgl. O’Riordan 2001). Beispiel Wetter: Offensichtlich sind Landwirtschaft oder Tourismus von den Wetterbedingungen abhängig, es wird vom Menschen genutzt. Aber als Ressource wird Wetter erst wahrgenommen, seit erkannt wurde, dass sich durch den Klimawandel das Wetter ändern könnte.

In engerer, ökonomischer Sicht sind Ressourcen die von der Natur bereitgestellten oder genauer ihr entnommenen Grundmittel, die für die Herstellung von Waren und Dienstleistungen genutzt werden. Ressourcen kommen in vielen Formen vor: mineralische und biologische, erschöpfliche und erneuerbare. Von besonderer Bedeutung sind Ressourcen, die in großem Umfang benötigt werden, wie produktives Land, oder ohne die vieles andere nicht geht, wie einige der sogenannten seltenen Erden.

Auch der Begriff des Konfliktes bedarf weiterer Klärung (vgl. Bonacker 2005). In seiner allgemeinsten Form lässt sich Konflikt definieren als unterschiedliche Ansicht über wichtige Dinge, oder exakter etwa als »Positionsdifferenzen über Interessen, Ziele und Werte« in sozialen Kontexten (Czempiel 1981, S. 199). So allgemein definiert ist überall Konflikt. Noch wichtiger: Konflikt ist für Gesellschaften überlebensnotwendig. Ohne Konflikt kein Diskurs, keine Demokratie, kein politischer und gesellschaftlicher Fortschritt (vgl. Coser 2009). Die Probleme beginnen, wenn Konflikte nicht durch Diskurse oder allgemein akzeptierte Regelungen und Verfahren, sondern mit Gewalt ausgetragen werden. Von besonderer Relevanz sind Gewaltkonflikte mit zwei weiteren Charakteristika: Konflikte zwischen Gruppen oder Kollektiven und um politische Ziele.

Solche kollektiven Gewaltkonflikte gibt es auf verschiedenen Ebenen gesellschaftlicher und politischer Organisation (vgl. Brzoska 2007). Unter dem Aspekt von Gewalt und gesellschaftlicher Ordnung sind zwischenstaatliche Kriege, innerstaatliche oder Bürgerkriege und Gewaltaufstände, Völkermorde, Terrorismus, staatliche Repression und niederschwellige politische Gegengewalt, z. B. in Demonstrationen, die wichtigsten. Dieser Beitrag konzentriert sich auf die beiden ersten Formen besonders intensiver kollektiver Gewalt: zwischenstaatliche und innerstaatliche Kriege.

### **3. Ressourcen und zwischenstaatliche Kriege**

Historisch scheint die Sache klar. Zahlreiche Kriege sind in der Vergangenheit um Eisenerz, Land, Öl und andere Rohstoffe ausgetragen worden, waren Ressourcen doch eine wesentliche Grundlage für große Mächte und deren Eroberungsdrang (vgl. Kennedy 1992). Man muss nicht Lenin folgen, der den Ersten Weltkrieg vor allem als Kampf zwischen Staaten um Rohstoffe im Interesse des Monopolkapitals ansah (vgl. Lenin 1989). Aber dass die Verfügung über Eisenerz und Kohle ein wichtiges Element des Krieges war, ist weitgehend unbestritten (vgl. Strachan 2006). Und der Zweite Weltkrieg war zumindest auch ein »Kampf um Raum« (Schmitt 1997).

Auch in der jüngsten Vergangenheit hat die Verfügung über Ressourcen in zwischenstaatlichen Kriegen Bedeutung gehabt. Beispiele waren die irakische Intervention in Kuwait 1990 und die Kriege gegen den Irak 1991 und 2003. In allen diesen Fällen ging es, unter anderem, um Öl, den mit weitem Abstand wirtschaftlich wichtigsten mineralischen Rohstoff (vgl. Klare 2008).

Trotz dieser Fälle – die Bedeutung von Ressourcen für zwischenstaatliche Kriege wird eher überschätzt als unterschätzt. Es gibt kaum einen zwischenstaatlichen Krieg,

bei dem nicht Ressourcen als Ursache vermutet werden. So war es im Krieg um die Malvinas / Falkland-Inseln 1982, wo externe Beobachter Ölvorkommen als Kriegsursache ausmachten; Ölvorkommen, die auch 30 Jahre nach Kriegsende noch nicht genau erfasst und kommerziell ausgebeutet werden (vgl. Guardian Blog 2012). Oder auch im Krieg um das Kosovo 1989, wo der Trepca-Minenkomplex als Kriegsursache herhalten musste. Allerdings war die Mine nie sonderlich rentabel und ist es auch heute nicht (vgl. Economist 2011). Die Liste ließe sich beliebig verlängern.

An der Zahl der Fälle gemessen, in denen Ressourcen eine Ursache von zwischenstaatlichen Kriegen hätten sein können, ist deren tatsächliche Zahl aber gering. Aus den vorliegenden Kriegsstatistiken lässt sich schließen, dass Ressourcen in den letzten Jahrzehnten, anders als in denen davor, eher selten eine Ursache zwischenstaatlicher Kriege waren (vgl. Konfliktbarometer 2012; Schreiber 2011; Petterson & Thember 2011). Diese Schlussfolgerung lässt sich auch gut begründen.

Es ist in unserem Zeitalter der wirtschaftlichen Globalisierung nur beschränkt rational, um handelbare Ressourcen Krieg zu führen. Denn anders als Lenin es in seinem Konzept des Monopolkapitalismus analysierte, sind die Konzerne, die Rohstoffe handeln, in den meisten Fällen nicht eng mit Nationalstaaten verbunden, sondern eher ›vaterlandslose Gesellen‹. Das gilt unter normalen weltwirtschaftlichen Bedingungen selbst für die meisten Staatsgesellschaften oder Staatsfonds. Sie sind gehalten, Geld zu verdienen und dafür auf dem Weltmarkt aktiv zu sein. Ein Beispiel: Für die chinesische Staatsholding China National Petroleum Company ist die Versorgung Chinas mit Öl und Gas nur eine, wenn auch die wichtigste Komponente ihrer Auslandsaktivitäten. Ein Gutteil der Produktion wird außerhalb Chinas verkauft (International Energy Agency 2011).

Und warum sollte sie auch anders handeln? Rohöl hat einen Weltmarktpreis, der überall ungefähr gleich ist. Ist er es kurzfristig nicht, machen Händler, sogenannte Arbitrageure, ein Geschäft daraus und gleichen damit die Preise wieder an.

Der Überfall auf ein anderes Land, um sich die dort befindlichen Ressourcen anzueignen, wie es der Irak 1990 tat, macht den Angreifer reicher, weil die Gewinne aus den Quellen in seine Kassen fließen. So weit, so schlecht – aber weiter geht der wirtschaftliche Vorteil nicht. Insbesondere macht es keinen Sinn, das Rohöl im eigenen Land unter dem Weltmarktpreis zu verkaufen. Damit werden dann zwar die Verbraucher subventioniert, aber die Ölförderfirmen geschädigt. Denn sie würden mehr verdienen, wenn sie das Öl auf dem Weltmarkt verkaufen würden.

Offener Welthandel eliminiert nicht den Gewinn durch Raub von Rohstoffen, begrenzt ihn aber auch darauf. Der Handel macht es auch den Staaten, die nicht über Ressourcen verfügen, möglich, diese zum allgemeinen Weltmarktpreis zu kaufen. Die Globalisierung vermindert damit den Anreiz, um Ressourcen Krieg zu führen. Das ist zwar keine neue Erkenntnis (vgl. Angell 2012; Kant 1996), ihre faktische Grundlage ist aber mit dem Abbau von Handelsschranken gewachsen. Folgerichtig lässt sich empirisch zeigen, dass es einen statistischen Zusammenhang zwischen qualitativem und quantitativem Wachstum des Weltmarkts und der Abnahme der Zahl und Intensität von

zwischenstaatlichen Kriegen gibt. Diese Erkenntnis hat als »kapitalistischer Friede« Eingang in die wissenschaftliche Literatur gefunden (vgl. Weede 2005; Gartzke 2007).

Aber ist die kriegssenkende Bedeutung des Welthandels nicht vielleicht nur eine kurzfristige Erscheinung, ein Schönwetterphänomen in einer Zeit, in der der Weltmarkt einigermaßen funktioniert und wichtige Ressourcen, wie Öl, noch in großen Mengen vorhanden sind?

Die Zahl der Skeptiker ist groß. Sie ist insbesondere groß, wenn es um Ressourcen geht, deren Bestände in den nächsten Jahrzehnten deutlich abnehmen werden. Öl ist hier wieder der prominenteste Fall. Wiederholt ist vermutet worden, dass mit dem Sinken der Ölreserven die Wahrscheinlichkeit, dass um Öl Krieg aus wirtschaftlichem Kalkül geführt wird, steigen wird.

Aber ist das logisch? Es ist sehr wahrscheinlich, dass der Preis von Öl mit hohen Wachstumsraten weiter steigen wird – es sei denn alternative Energie wird schneller billiger als bisher angenommen. Die Eroberung von Ölquellen wird insoweit ökonomisch attraktiver, weil die Renten aus diesen Quellen steigen. Was sich aber, solange der Weltmarkt funktioniert, nicht verändert, ist das wirtschaftliche Kalkül des Eroberers, das Öl im Land billig oder teuer auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Erst wenn der Weltmarkt nicht mehr funktioniert, kommt es zur Preisdifferenzierung zwischen denjenigen, die über Öl verfügen, und denjenigen, die das nicht tun.

Ob sinkende Ölreserven und steigende Ölpreise zu mehr oder weniger zwischenstaatlichen Kriegen führen werden, ist damit offen.

Entscheidend ist zweierlei: erstens, ob Eroberer ihren Raub ausbeuten können. Das ist eine Frage der Durchsetzung von Völkerrecht, das derartige Eroberungen verbietet. Der Irak konnte nach 1991 seinen Raub nicht ausbeuten, im Gegenteil, er wurde durch Sanktionen schwer bestraft. Und zweitens ist die Erhaltung eines offenen Weltmarktes zentral. Bricht der Weltmarkt zusammen, erhöht sich der Anreiz, für Ressourcen wie Öl Krieg zu führen.

#### **4. Ressourcen als Ursache von gewaltförmigen Bürgerkriegen**

Vor mehr als zehn Jahren erregten Paul Collier und Anke Hoeffler erhebliches Aufsehen mit der Behauptung, die Ursachen von Bürgerkriegen seien in der Vergangenheit nicht zutreffend analysiert worden (vgl. Collier & Hoeffler 1998; Collier 2002). Nicht ethnische Konfliktlinien oder politische Forderungen seien die wichtigste Kriegsursache, sondern ein hoher Anteil des Exports von Rohstoffen am Bruttosozialprodukt eines Landes. Dies belegten sie mit statistischen Analysen, in denen Variablen wie Einkommensverteilung oder Dominanz einer ethnischen Gruppe, klassische Indikatoren für Ungleichheit und Diskriminierung, nicht signifikant waren. Allerdings gelte der Zusammenhang nur für Länder mit geringem Einkommen und niedrigem Niveau an Bildung. Collier, zum Zeitpunkt der ersten wichtigen Veröffentlichungen im Themenfeld Direktor für Entwicklungsforschung der Weltbank, und Hoeffler lieferten auch eine theoretische Erklärung für ihren Befund. Ursache von Bürgerkriegen sei »greed«,

der Wille von bewaffneten Rebellengruppen, sich einen größeren Anteil des Reichtums eines Landes mit Gewalt anzueignen.

Bürgerkriege, so argumentierten sie, würden desto wahrscheinlicher, je größer der Reichtum in Form von Ressourcen sei, die sich Rebellen leicht aneignen und auf dem Weltmarkt verkaufen könnten, und je ärmer das Land sei, weil es dann leichter für Rebellenführer sei, Anhänger zu rekrutieren, die immerhin ihr Leben aufs Spiel setzen müssten.

Die Collier / Hoeffler-Thesen sind im letzten Jahrzehnt heftig diskutiert worden (vgl. Blattman & Miguel 2010). Immerhin schrieb und sagte hier ein Forschungsdirektor der Weltbank, dass Rebellenbewegungen im Prinzip Räuberbanden seien, Rebellenbewegungen, die, das sollte man nicht vergessen, in einer Reihe von Staaten zu Regierungen mit Vertretern in den Gremien der Weltbank geworden waren. Aber die Thesen hatten hohe Plausibilität zumindest für einige Kriege in Afrika, in denen es, wie in Angola und Sierra Leone, um Diamanten, oder, wie im Kongo, um Coltan und andere Rohstoffe zu gehen schien.

In der kritischen Auseinandersetzung mit ihren Veröffentlichungen zeigte sich, dass Collier / Hoeffler nicht durchgängig wissenschaftlich überzeugend gearbeitet hatten (vgl. Cramer 2006; Nathan 2005). Als besonders kritisch stellte sich der zentrale Indikator von Collier / Hoeffler, der Anteil von Rohstoffexporten am Bruttosozialprodukt, heraus. Denn dieser Indikator, für den offizielle Daten benutzt werden, enthält keine Informationen über von Rebellen auf dem Weltmarkt verkaufte Ressourcen. Die Vermarktung erfolgt weitgehend illegal und außerhalb offizieller Handelskanäle und taucht damit nicht in Handelsstatistiken auf. Tatsächlich reflektiert der Indikator primär die Bedeutung des Exports von Öl. Anders als von Collier / Hoeffler wahrgenommen, hatten sie vor allem Öl als Konfliktsache in Bürgerkriegen identifiziert.

Weitergehende, differenzierende Forschung hat überwiegend bestätigt, dass das Vorhandensein von Erdöl und Erdgas die Wahrscheinlichkeit von Bürgerkriegen erhöht (vgl. Blattman & Miguel 2010; Basedau & Kappel 2011). Zum einen, weil es die Wahrscheinlichkeit von Sezessionskriegen verstärkt. Zum anderen, weil Staaten mit hohen Erdöleinnahmen häufig schlecht regiert werden und, anders als man annehmen könnte, wirtschaftlich nicht sehr erfolgreich sind. Für die entsprechenden Phänomene, zu denen schlechte Regierungsführung, politische Unterdrückung, Korruption, ungünstige Terms-of-Trade für alle Güter außer Erdöl und Erdgas und Arbeitslosigkeit gehören, ist der Begriff des ›Ressourcenfluchs‹ geprägt worden.

Auch hier lassen sich die empirischen Beobachtungen gut erklären: Erdölstaaten, in denen die Erdöleinnahmen hoch, die Bevölkerungszahl aber gering ist, sind nur begrenzt auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen (Basedau & Lay 2009). Sie sind Rentenökonomien, die nicht von Steuereinnahmen abhängig sind. Regimekritikern und -gegnern können lukrative Angebote gemacht werden, und notfalls erlauben die hohen Einnahmen den Aufbau eines großen Sicherheitsapparates ohne Einschränkung von Wohlfahrtsausgaben. Aber: Die hohen Einnahmen machen es für Rebellen attraktiv zu versuchen, den Staat zu übernehmen oder, wenn sie aus einer Ölregion kommen,

die Unabhängigkeit anzustreben. Das hohe Maß an Repression wiederum, das häufig Ausdruck des Ressourcenfluchs ist, schürt Opposition.

Anders als von Collier / Hoeffler konstatiert, scheint es im Falle von Erdöl eher das Regierungsverhalten als der Anreiz zur Rebellion zu sein, der zur höheren Inzidenz von Bürgerkriegen führt. Aber es gibt auch Fälle, die dem Collier / Hoeffler-Modell entsprechen, wie spätere Untersuchungen gezeigt haben. So konnte ein Zusammenhang zwischen Bürgerkrieg und alluvialen Diamanten gezeigt werden. Nicht jedoch, und das ist interessant, zwischen Bürgerkriegen und Diamanten in Kimberliten (vgl. Lujala et al. 2005). Alluviale Diamanten sind solche, die mit einfachsten Mitteln in Flussläufen oder Dünen geschürft werden, während die Ausbeutung von Kimberliten in großen Bergwerken erfolgt.

Dieser Unterschied wurde von Philippe Le Billon (2001) zu einer Systematik des Zusammenhangs von innerstaatlichen Gewaltkonflikten und verschiedenen Typen von Ressourcen ausgebaut. Le Billon unterscheidet »Punkt-« und »diffuse« Ressourcen einerseits, je nachdem, ob Rohstoffe an einem Ort konzentriert oder über ein Land verteilt sind, sowie deren Nähe bzw. Ferne zum politischen Zentrum eines Landes andererseits. Nahe Punktressourcen sind vor allem mit Militärputschen und Kriegen um die Macht im Staate verbunden, ferne Punktressourcen mit Sezessionskriegen, nahe diffuse Ressourcen mit politischer Gewalt und Rebellionen und ferne diffuse Ressourcen mit »Warlordism«.

Punktressourcen haben die höhere Kriegswahrscheinlichkeit, aber auch diffuse Ressourcen, zu denen etwa auch die agrarischen Ressourcen gehören, können mit Bürgerkriegen ursächlich verbunden sein. Wie der Begriff des »Warlordism« nahelegt, ist dies besonders dann der Fall, wenn die zentralstaatliche Durchsetzungsmacht gering ist und lokale Kriegsfürsten miteinander und gegen diese Zentralmacht kämpfen. Von großer Bedeutung ist die Frage, ob Ressourcen »lootable« – für Plünderung geeignet – sind. Kriterien der »lootability« sind, neben der Möglichkeit, sich solche Ressourcen relativ leicht aneignen zu können, auch die Existenz grauer oder schwarzer Märkte, um sie verkaufen zu können. Ein besonderer Fall von Bürgerkriegen, bei dem eine ähnliche Konstellation vorliegt, sind solche, in denen die Produktion von illegalen Drogen eine große Rolle spielt. Drogenproduktion benötigt »befreite Gebiete«, die von Warlords oder Rebellengruppen geschaffen werden können; andererseits können diese die Drogenproduzenten »besteuern« und damit ihre Kriegsführung finanzieren.

## **5. Ressourcenmangel und bewaffnete Konflikte**

Die große Bedeutung von Strukturen, Formen und Durchsetzung von Staatsmacht zeigt sich auch in einem anderen Forschungsstrang, in dem nicht der »Überfluss« an Ressourcen, sondern deren Mangel, Knappheit oder Degradation untersucht wird.

Der Kanadier Thomas Homer-Dixon und eine Forschergruppe um den Schweizer Günter Bächler konnten in den späten 1990er Jahren zeigen, dass in einer Reihe von Fällen die Verknappung von nicht-erneuerbaren Ressourcen, insbesondere Wasser und

Land, durch Wettereinflüsse oder Umweltverschmutzung, bewaffnete Konflikte geschürt hatte und diese in Gewaltkonflikte umgeschlagen waren oder zumindest solche Gewaltkonflikte weiter geschürt worden waren (vgl. Homer-Dixon 1999; Bächler 1999). Zu den von ihnen in den 1990er Jahren untersuchten Fällen gehörten z. B. die Sahelzone, Südsudan und Rwanda.

Beide Gruppen betonten, dass dieser Umschlag nicht in allen Fällen zu verzeichnen war. Dort, wo es funktionierende traditionelle oder moderne Formen und Institutionen der Konfliktbeilegung gab, kam es in der Regel nicht zu Bürgerkriegen.

Die Forschung von Homer-Dixon und Bächler ist, unter anderem von Nils Petter Gleditsch (1998), heftig kritisiert worden. Gleditsch bemängelte insbesondere die Fallauswahl. Denn Homer-Dixon und Bächler hatten sich nur solche Fälle angesehen, in denen sie Ressourcenverknappung und Gewaltkonflikte festgestellt hatten oder vermuteten. Fälle, in denen eine Ressourcenverknappung etwa im Gegenteil zu Kooperation zwischen den Konfliktparteien geführt hatte, hatten sie nicht untersucht.

Solche Kooperationen sind aber recht häufig festzustellen. In vielen Fällen, in denen Struktur Faktoren wie knapper werdende Ressourcen auf eine Verschärfung der Konflikte hindeuten, lässt sich nicht etwa die Eskalation zur Gewalt, sondern im Gegenteil das gemeinsame, kooperative und erfolgreiche Suchen der Konfliktparteien nach Lösungen feststellen. Ein besonders prägnantes Beispiel sind zwischenstaatliche Konflikte um Wasser (vgl. Wolf 2002; Bernauer et al 2012).

Zitate ähnlich wie »Die Kriege des 21. Jahrhunderts werden Kriege um Trinkwasser sein« lassen sich in Buchhandlungen und im Internet häufig finden. Es gibt jedoch wenig Gründe dafür anzunehmen, dass wir in den nächsten Jahrzehnten viele und intensive internationale oder innerstaatliche Kriege erleben werden, in denen es vorrangig um Wasser geht. Der Vorstellung, dass um Wasser gekämpft werden wird, liegen sehr einfache, fast könnte man sagen biologistische, Prämissen über lokale Knappheit von Ressourcen und deren Verteilung zu Grunde. Da Wasser, als Trinkwasser, aber auch die Nahrungsmittelproduktion eine für den Menschen überlebensnotwendige Ressource ist, wird vorschnell der Schluss gezogen, dass die Menschen um Wasser kämpfen werden.

Die Logik der Argumentation ist aber wenig plausibel: Trinkwasser wird, da sind sich die Hydrologen einig, im Gegensatz zu Erdöl, auch in hundert Jahren im globalen Maßstab keineswegs knapp sein. Knappheit wird lokal auftreten. Das aber ist nichts Neues. Wasser war schon in der Vergangenheit lokal knapp. Und dennoch, das ist das wichtigste Gegenargument, war die Bedeutung von Wasser für die Entstehung oder Eskalation von bewaffneten Konflikten in der jüngeren Vergangenheit gering. Eine Gruppe um den US-amerikanischen Geographen Aaron Wolf (2002) hat in der bisher umfassendsten Untersuchung grenzüberschreitender Wasserressourcen festgestellt, dass es in den 1.831 erfassten nur in 21 Fällen Kriege gab, in denen Wasser eine Rolle spielte. Hingegen gab es hunderte von Verträgen, in denen Kooperation einschließlich der Regelung von Konflikten vereinbart wurde (vgl. Yoffe et al. 2003). In den Fällen, in denen es um Wasser zu offenem Streit kam, wie etwa im Mittleren Osten, war Wasser

nur ein Konfliktgegenstand unter anderen. Häufig, wie etwa im Verhältnis Israel-Palästina, war die Zusammenarbeit im Wassermanagement deutlich besser als in anderen Problemfeldern. Wasser, so die Schlussfolgerung, kann Konfliktkonstellationen verschärfen, aber es war, in der Zusammenschau, keine wichtige Konfliktursache.

Auch für Wasserknappheit muss die Vergangenheit kein guter Indikator für die Zukunft sein. Wassermangel könnte in manchen Regionen, etwa im Westen der USA oder in Zentralasien, durch stärkere Nutzung und weniger Dargebot, zunehmen. Andererseits ist Wasser transportier- und handelbar, wird heute auch schon in großem Maße in der Welt umverteilt, insbesondere als ›virtual water‹, als virtuelles Wasser, etwa in Futter- und Nahrungsmitteln. Ein Gutteil des Wassers, das wir als Konsumenten hier in Deutschland verbrauchen, stammt aus anderen Regionen der Welt. Und nicht nur Wasser lässt sich bewegen, auch Menschen bewegen sich, z. B. auch weg aus Regionen, in denen Wasser sehr knapp wird. Nun haben nicht alle die Möglichkeit, sich Wasser zuzukaufen. Verfügbarkeit über hinreichend Wasser wird damit zu einem Finanzierungs- und Armutproblem. Wasser kann diese Probleme verschärfen und damit Konflikte anheizen. Das muss aber nicht so sein, wenn die tatsächlichen Grundprobleme, Armut und ungleiche Einkommensverteilung, angegangen werden. Das sind im Hinblick auf zukünftige Wasserressourcen die eigentlichen Fragen, die zu beantworten sind, nicht Wasserknappheit an sich.

Die Einschätzung, dass Kriege um Wasser in den nächsten Jahren eher unwahrscheinlich sind, wird übrigens auch in einer neueren Studie der US-amerikanischen Geheimdienste geteilt (vgl. Intelligence Community Assessment 2012). Allerdings sind diese, vielleicht schon aus Eigeninteresse, weniger optimistisch, was die Jahrzehnte danach angeht, und sehen Mitte unseres Jahrhunderts dann Wasser als zentrale Konfliktursache. Allerdings sind auch sie der Meinung, dass die beste Option zur Vermeidung solcher Szenarien besseres Wassermanagement ist.

## 6. Klimawandel und Konflikte

Wie erwähnt ist die Forschungsfrage, ob Umweltveränderungen und Konflikte ursächlich miteinander zusammenhängen, nicht neu. Aber sie hat in den letzten Jahren erneute und starke Aufmerksamkeit erfahren. Ursache ist das große Interesse an den Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheit und bewaffnete Konflikte. Insbesondere in den Jahren 2007 / 2008 hat die These, dass Klimawandel zu mehr Bürgerkriegen führen wird, erhebliche Beachtung erhalten (vgl. Brzoska 2009). Sie gipfelte in der Verleihung des Friedensnobelpreises an den ehemaligen US-amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore und den IPCC. In der Begründungsrede sagte der Vorsitzende des norwegischen Nobelkomitees Ole Mjøs im Dezember 2007: »We can already establish that global warming not only has negative consequences for ›human security‹, but can also fuel violence and conflict within and between states.«<sup>1</sup> Der US-amerikanische

---

<sup>1</sup> [http://www.nobelprize.org/nobel\\_prizes/peace/laureates/2007/presentation-speech.html](http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/2007/presentation-speech.html).

Präsident Obama setzte in seiner Friedensnobelpreisrede zwei Jahre später noch eins drauf: »There is little scientific dispute that if we do nothing, we will face more drought, more famine, more mass displacement – all of which will fuel more conflict for decades.«<sup>2</sup>

Das sind starke Behauptungen, die nur von einem Teil der Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen Umweltveränderungen, die Indikatoren für Klimawandel sein können, wie Temperaturanstieg, Veränderung der Niederschlagsmengen, -verteilung und -volatilität, und Daten zu Bürgerkriegen bestätigt worden sind. Andere Untersuchungen kommen zum Ergebnis, dass ein solcher Zusammenhang nicht nachweisbar oder wenig signifikant ist (vgl. Bernauer et al. 2012; Gleditsch 2012; Scheffran et al. 2012).

Woran liegt es, dass die Forschungslage nicht eindeutig ist? Ein wesentlicher Faktor ist der Datenmangel. Die Konfliktforschung allgemein muss mit relativ wenigen und wenig verlässlichen Daten arbeiten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Es ist unter Experten heftig umstritten, ob im Kongo seit 1997 mehr als fünf Millionen oder weniger als eine Million Menschen durch Krieg und dessen unmittelbare Folgen umgekommen sind (vgl. Spagat et al. 2011). Aber nicht nur exakte Konfliktdaten sind rar. Auch klimarelevante Daten sind für viele Regionen in Afrika nur für kurze Zeiträume verlässlich vorhanden.

Ein anderes Problem betrifft die Interpretation der vorhandenen Informationen. Forscher finden überwiegend die Theorien bestätigt, mit denen sie an die Probleme herangehen. Ein Beispiel dafür ist der Krieg in Darfur seit 2003. Dieser ist in der Vergangenheit häufig als »Klimakrieg« bezeichnet worden. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon nannte den Krieg einen Konflikt, der als ökologische Krise begonnen habe, die mindestens teilweise auf den Klimawandel zurückzuführen sei (vgl. Ban Ki Moon 2007). Der Begründungsstrang beruht auf Plausibilitätsüberlegungen über die Intensivierung von Konflikten in Zeiten von Dürren zwischen nomadischen Viehzüchtern und Ackerbauern, Gruppen, die zudem jeweils überwiegend einerseits arabischen und andererseits eher schwarzafrikanischen Ethnien zugehörig sind. Solche Dürren sind für Darfur regelmäßig festzustellen – wie auch bewaffnete Auseinandersetzungen, wenn auch in der Vergangenheit bis 2002 eher auf geringem Gewaltniveau. Der Klimawandel hat den Wassermangel verschärft, so die Argumentation, und sich schließlich im Bürgerkrieg nach 2002 niedergeschlagen (UNEP 2007).

Das Gegenargument sieht den Klimawandel als irrelevant an (vgl. Schreiber 2011). Dürren seien in der Vergangenheit, etwa in den späten 1970er / frühen 1980er Jahren viel dramatischer gewesen, ohne dass es zu mehr als sporadischen Schießereien gekommen wäre. Im Gegenteil lasse sich durch Satellitendaten zeigen, dass Darfur in den Jahren unmittelbar vor Ausbruch des Bürgerkrieges »grüner« geworden sei. Entscheidend für den Ausbruch des Krieges seien politische Faktoren: zum einen der Ab-

---

<sup>2</sup> [http://www.nobelprize.org/nobel\\_prizes/peace/laureates/2009/obama-lecture\\_en.html](http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/2009/obama-lecture_en.html)

schluss eines Friedensvertrages zwischen der Zentralregierung und den Rebellen aus dem Südsudan, in dem die Verteilung der Erdöleinnahmen ohne Rücksicht auf Interessen von Gruppen aus Darfur geregelt wurde; zum anderen das Verhalten der Zentralregierung, die seit den späten 1990er Jahren versuchte, ihre Kontrolle über die bis dahin weitgehend ›staatsferne‹ Darfur-Region zu verstärken, indem etwa die Polizeipräsenz massiv erhöht wurde.

Was ist richtig? Das Klimawandelargument ist kaum geeignet, um zu begründen, warum der Krieg 2002 und nicht schon in den 1980er Jahren ausgebrochen ist. Aber wäre der Konflikt so intensiv ohne die vorhergehenden Dürren, die z. B. zu Veränderungen in den Wirtschafts- und Lebensweisen der Viehhirten geführt haben? Eine generelle Lehre aus dem Beispiel Darfur ist, dass die Komplexität der Zusammenhänge einfache Erklärungen suspekt erscheinen lässt (vgl. Prunier 2007).

Damit ist ein weiterer Mangel der gegenwärtigen Literatur zu Klimawandel und Gewaltkonflikten angesprochen: Es fehlen empirisch gut begründete Theorien darüber, wie Ressourcenmangel und Gewaltkonflikte zusammenhängen. Aktuell überwiegen immer noch relativ einfach gestrickte Theorien, wie die eben knapp beschriebene über die Intensivierung von Gewalt zwischen nomadischen Viehhirten und Ackerbauern in Dürrezeiten. Das mag in einzelnen Fällen so sein, in vielen aber nicht.

Ein weiteres Beispiel, das gelegentlich als vom Klimawandel ausgelöst präsentiert wird, ist die Auseinandersetzung zwischen den Pokot und Turkana, zwei Gruppen von Viehhirten im Norden Kenias (vgl. Schilling et al 2012). Beide Gruppen sind seit Jahrzehnten innig verfeindet. Sie rauben sich gegenseitig Vieh, auf Englisch: ›cattle rustling‹. Die Intensität der Auseinandersetzung gemessen an der Zahl der Toten ist in den letzten Jahren gestiegen, wofür manche die leichtere Verfügbarkeit moderner Kleinwaffen in der Region, andere die verstärkte Ressourcenkonkurrenz aufgrund von Bevölkerungswachstum und Klimawandel verantwortlich machen.

In genaueren Untersuchungen wurde nun herausgefunden, dass es tatsächlich einen Zusammenhang zwischen Niederschlagszyklen und Intensität des ›cattle rustling‹ gibt. Allerdings nimmt das ›cattle rustling‹ nicht etwa in trockenen Zeiten zu, sondern dann, wenn es geregnet hat und das Land grüner ist. Warum? Die beste Erklärung liefert eine Theorie, die den Wert des Viehs unter unterschiedlichen Niederschlagsbedingungen in den Mittelpunkt stellt. In Zeiten der Dürre ist Vieh wenig wert. Es gibt kaum Nahrung. Es ist besser, das Vieh zu schlachten, als es verhungern zu lassen. Warum soll man sich in solchen Zeiten mit mehr Vieh belasten? In Zeiten reichlichen Niederschlags steigt der Wert des Viehs, weil es leichter wird, es zu ernähren, und weil es neben Fleisch noch Milch bringt. Es wird attraktiver, es zu rauben.

Die Komplexität der Zusammenhänge nimmt zu, wenn die gesellschaftlichen Strukturen, in denen die Konflikte auftreten, vielfältiger werden, etwa dadurch, dass über die lokalen Akteure auch nationale und internationale Akteure aktiv werden. Im Falle der Turkana und Pokot, um das Beispiel aufzugreifen, verändert sich der Konflikt zurzeit. Internationale Nahrungsmittelhilfe macht es weniger attraktiv, Vieh zu stehlen. Andererseits haben Viehhändler aus Nairobi begonnen, Vieh von den Turkana zu kaufen und